



Pressemitteilung

Betrifft

Unser Zeichen

Datum

22.9.21

Wird der neue Koalitionsvertrag die verfehlte Frankfurter Wasserpolitik verändern? Oder wird die Stadt trotz Klimawandel das Grundwasser in den Liefergebiete auch künftig rücksichtslos ausbeuten? Eine kurze Einschätzung

Ob die aktuelle Frankfurter Stadtpolitik bislang unwillig oder unfähig ist ihre Wasserbeschaffung endlich an den Klimawandel anzupassen sei dahingestellt. Fest steht nur, dass die Stadtregierung trotz Klimawandel in den letzten beiden Jahrzehnten nichts Greifbares gegen die wachsenden Wassernöte in den Liefergebiete unternommen hat. Und das, obwohl die alte und neue Umweltdezernentin seit 2017 wiederholt das Reduzieren des Wasserbezugs versprochen hatte. Im Gegenteil hat das wasserreiche Frankfurt von dort gerade in den letzten Trockenjahren, in denen die Grundwasservorkommen stark geschrumpft sind, Spitzenmengen importiert. Und gleichzeitig durch den Fernwasserhandel, u.a. mit Grundwasser aus dem nordhessischen Burgwald, über ihre Beteiligungen an der Mainova und an der Hessenwasser GmbH Rekordeinnahmen erzielt.

Mit diesem Widerspruch zwischen leeren Versprechungen und profitablen Wasserverkauf hat die Frankfurter Politik ihre Glaubwürdigkeit selbst untergraben. Den entsprechenden Vertrauensverlust kann auch der gerade vorgelegte Koalitionsvertrag, der zumindest theoretisch ein wenig Besserung in Aussicht stellt, vorerst nicht wettmachen. Denn selten war der Unterschied zwischen dem Anspruch eines Leitpapiers und der wasserwirtschaftlichen Wirklichkeit so groß wie jetzt in Frankfurt. Das zeigen besonders die Vertragskapitel 'Klima und Umwelt', 'Grün in der Stadt', 'Entsiegelung und Begrünung' und 'Wasser', sowie 'Bauen' und 'Stadtentwicklung'.

In der Zusammenschau meldet Frankfurt mit diesem Papier einen großen Wassermehrbedarf an. Denn der folgt zwangsläufig aus dem ebenfalls vereinbarten Wachstum der Einwohnerzahl und des Gewerbes. Auch die Stadtklimatisierung durch das Verdunsten von riesigen Wassermengen mittels Dach-, Gebäude- und Freiflächenbegrünung soll weiter vorangetrieben werden, obwohl es dafür bislang kein Wasserkonzept gibt. Was zu der Absicht passt die Anzahl der Baumpaten zu erhöhen, die die Bäume vor ihrer Haustür bewässern sollen. Und zu der Praxis, die Bewässerungssysteme von Parks sogar am Mainufer mit Trinkwasser zu betreiben. Green City also wie bisher mit Trinkwasser auf Kosten der Grundwasserliefergebiete – festgeschrieben in einem Koalitionsvertrag, der mit keinem Wort das notwendige Schonen der Liefergebiete erwähnt?



Geschrieben steht dort aber auch, dass die Stadt ihren Trinkwasserverbrauch deutlich senken will. Es soll für Neubauten geprüft werden, ob hier eine Brauchwassernutzung 'warmmietenneutral' möglich ist, und ob daraus evtl. ein Standard entwickelt werden kann. In einem einzelnen 'Pilotprojekt' soll zudem erprobt werden, ob eine Brauchwassernutzung auch in Bestandsgebäuden möglich ist. Was einen Rückschritt um ca. 25 Jahre bedeutet: Schon Mitte der 90er wurden, gerade in Südhessen, solche gut funktionierenden Systeme reihenweise nach dem Stand der Technik installiert, um die Grundwasservorräte zu schonen. Dass Frankfurt mit seiner Beschränkung auf Einzelprojekte und ineffektive Pilotstudien schon bald weniger Trinkwasser verbrauchen wird ist dagegen äußerst unwahrscheinlich. Der Koalitionsvertrag als Märchenstunde?

Den Gipfel der Frankfurter Verweigerung, den Trinkwasserverbrauch und damit den Gewinn aus dem Wasserhandel tatsächlich zu senken stellt aber das Projekt 'Wie kommt das Blau zum Grün' dar. Hier soll allen Ernstes hochwissenschaftlich und mit Steuermitteln finanziert untersucht werden, wie hoch anstehendes Grundwasser, das im wasserreichen Frankfurt schon seit Jahren in die Kanalisation gepumpt werden muss, zur Stadtgrünbewässerung genutzt werden kann. Eventuell, es klingt wie ein schlechter Witz, soll dieses wissenschaftlich fundierte Blumenbegießen 2027 funktionieren. Bis dahin wird die Umweltdezernentin, die mit dem einfachen Bau von Brauchwasserleitungen und Zisternen nach dem Stand der Technik überfordert zu sein scheint, im Ruhestand sein. Fachlich überfordert mit solchen Systemen ist wohl auch das Stadtplanungsamt: In einem sehr kurzen Schreiben an die Umweltverbände wird behauptet, die Gebäudebegrünung würde sich nicht mit Regenwasser vertragen. Trotz aller Absichtserklärungen der Stadtregierung wird es wohl dabei bleiben, dass das immer knapper werdende Grundwasser im Burgwald und Vogelsberg den dortigen Auen entzogen und für Frankfurter Klospülungen und Bewässerungen verschwendet werden wird. Versteht die grünespülte Stadtregierung das unter erfolgreicher Klimaanpassung oder gar Naturschutz?

Wenn es die neue Stadtregierung hingegen ernst meint mit dem Koalitionsvertrag, müsste sie im Zuge des aktuellen Baubooms sehr schnell wirksame Maßnahmen ergreifen.

Dazu sollten ab sofort alle Baugenehmigungen vom Einbau eines doppelten Leitungsnetzes für die parallele Versorgung mit Trink- und Betriebswasser abhängig gemacht werden. Für alle Neubauten müssten ausreichend große Zisternen, die auch dem Überflutungsschutz bei Starkregen dienen, gefordert werden. Und die Verwendung von Trinkwasser für die Grünbewässerung müsste schlicht verboten werden. Gemäß der bisherigen Frankfurter Praxis besteht jedoch nur geringe Hoffnung für solch tatkräftiges Handeln. Sollte diese zugegeben pessimistische, weil auf Erfahrungswerten beruhende Einschätzung der künftigen Wasserpolitik zutreffen, und die Zuständigen sich weiter weigern die Grundwasserimporte zu drosseln, werden Genehmigungsbehörden und Gerichte darüber entscheiden müssen, wie Frankfurt dazu gezwungen werden kann.

Mit freundlichen Grüßen
Für den Vorstand
Dr. Anne Archinal